



Mainz ist überall

Pressemitteilung von Sabine Leidig, 14. August 2013

"Mainz ist überall", erklärt Sabine Leidig, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. "Die nun schon zwei Wochen andauernde Ausnahmesituation in der weitgehend schienenverkehrsfreien Landeshauptstadt steht beispielhaft für die Folgen des Privatisierungskurses bei der Bahn. Fahren auf Substanz beim Personal, Fahren auf Verschleiß beim Material. Fahren auf Risiko bei der Sicherheit - das ist die fatale Bahn-Strategie von Politik und Unternehmen, die den Hintergrund des Mainzer Desasters bildet." Leidig weiter:

"Seit der Bahnreform wurde die Belegschaft im Schienenbereich von 350.000 auf unter 165.000 mehr als halbiert - trotz deutlich gesteigener Leistungen im Schienennahverkehr und im Schienengüterverkehr. Die Folge: Stress und Überstunden. Allein im Bereich Netz (Stellwerke!!) hatten sich im Juni 2012 2,4 Millionen Stunden Mehrarbeit angesammelt, ein Plus von nochmal 200.000 gegenüber dem Vorjahr. Das Schienennetz wird von Jahr zu Jahr schlechter, die Fahrtzeiten länger. Während ein ICE für die Strecke Stuttgart-

München 1995 121 Minuten benötigte, sind es heute schon 144. Doch anstatt die Strecke für rund 250 Millionen Euro zu ertüchtigen, geben Bahnchef Grube und Verkehrsminister Ramsauer lieber fünf Milliarden Euro für eine Neubaustrecke über die Schwäbische Alb aus. Auch immer mehr Züge machen schlapp – mit drastischen Ergebnissen. Vom 29. Juli bis 12. August blieben mindestens fünf Fernverkehrszüge auf offener Strecke liegen, 2.000 Fahrgäste mussten evakuiert werden. Das Sparen auf Teufel komm raus findet nicht aus Finanznot statt. 2012 konnte die Bahn einen Rekordgewinn von 2,7 Milliarden Euro verbuchen. Gespart wird, um den Expansionskurs im Ausland zu finanzieren und den Konzern so zu verschlanken, dass er interessant für private Investoren wird. DIE LINKE bleibt deshalb dabei: Die Bahn muss eine Unternehmensform haben, mit der sie ausschließlich auf optimalen Bahnverkehr für alle ausgerichtet ist, unter Wahrung der Interessen der Bahnbeschäftigten und mit dem klimapolitischen Ziel, mehr Verkehr auf die Schiene zu verlagern."